Antrag

der Abgeordneten Rolf Schwanitz, Markus Meckel, Angelika Barbe, Dr. Konrad Elmer, Evelin Fischer (Gräfenhainichen), Stephan Hilsberg, Regina Kolbe, Siegrun Klemmer, Dr. Hans-Hinrich Knaape, Dr. Uwe Küster, Hans-Joachim Hacker, Peter W. Reuschenbach, Dr. Jürgen Schmude, Dr. Hartmut Soell, Wolfgang Thierse, Dr. Hans de With, Gunter Weißgerber, Dieter Wiefelspütz, Dr. Peter Struck, Hans-Ulrich Klose und der Fraktion der SPD

Einsetzung einer Enquete-Kommission „Politische Aufarbeitung von Unterdrückung in der SBZ/DDR“

Der Bundestag wolle beschließen:

Zur parlamentarischen Diskussion in der Vergangenheit entstandener diktatorischer Machtstrukturen, repressiver Umsetzungsmechanismen und Verhaltensweisen der Menschen in der jüngsten deutschen Geschichte sowie einer angemessenen Reaktion in Politik und Geschichte wird eine Enquete-Kommission „Politische Aufarbeitung von Unterdrückung in der SBZ/DDR“ gemäß § 56 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages eingesetzt.

I.

Die Kommission hat die Aufgabe, die diktatorischen Machtstrukturen sowie die repressiven Umsetzungsmechanismen dieser Macht einschließlich der Auswirkungen auf die Verhaltensweisen der Menschen in Ostdeutschland von 1945 bis zur friedlichen Revolution in allgemeingültiger Art oder exemplarisch aufzuzeigen.

1. *Machtstrukturen*

In Ostdeutschland wurde seit 1945 ein diktatorisches politisches System errichtet, in dessen Kern der Erhalt und der Ausbau von Machtstrukturen einer kommunistischen Partei, der SED, stand. Dennoch erhielt die Deutsche Demokratische Republik im Verlaufe ihrer Geschichte internationale Anerkennung, wurde Mitglied der UNO und konnte auch im Ansehen vieler Bundesbürger Akzeptanz finden. Die tatsächlichen Machtstrukturen blieben vielfach verborgen. Diese aufzudecken und in ihrer tatsächlichen Durchdringung wichtiger gesellschaftlicher Bereiche deutlich zu machen, ist Ziel der

Untersuchungen. Insofern gilt es, in enger Zusammenarbeit mit aktuellen Forschungsbemühungen folgende Aufgaben zu lösen:

– die Aufdeckung der tatsächlichen Machthierarchie, des Aufbaues und der Arbeitsweise des SED-Apparates,
– die Differenzierung der verschiedenen Machtbereiche im SED-Apparat und die Offenlegung der Entscheidungszentren,
– die Bewertung der Mitgliederstrukturen der SED, der Werbungsmethoden, Beitrittsmotivationen sowie Kader- und Bildungsarbeit,
– die Untersuchung der Einflußnahme der SED und des Staates auf die Kirche, insbesondere über das Staatssekretariat für Kirchenfragen und die Christlich-Demokratische Union,
– die Aufdeckung der tatsächlichen Funktion der Blockparteien und politischen Massenorganisationen im scheindemokratischen System der Deutschen Demokratischen Republik sowie des Umfangs der Teilhabe an der Macht.

2. *Offene Repressionsmechanismen*

Die SED entwickelte für ihre umfassende politische Herrschaft ein besonderes Unterdrückungssystem in der Gesellschaft, welches es ihr ermöglichte, selbst nicht als Repressionsorgan in Erscheinung zu treten. Sowohl der Umfang als auch die verschiedenen Formen der Repression sind bis heute nur teilweise bekannt. Eine weitere Aufgabe besteht folglich darin, diese Repressionsmechanismen offenzulegen und dabei folgende Sachverhalte zu klären:

– die Aufdeckung der tatsächlichen Überwachungs- und Repressionstätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheit,
– die Darstellung der politischen Repression durch die Justiz und im Strafvollzug, insbesondere bezüglich Mißhandlungen und Haftbedingungen,
– die Menschenrechtsverletzungen an den Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik durch die Grenztruppen und Paßkontrolleinheiten,
– die Offenlegung der repressiven Funktion der Einsatzleitungen des Nationalen Verteidigungsrates der Deutschen Demokratischen Republik,
– die Wertung der Unterdrückungsfunktion der Deutschen Volkspolizei, insbesondere des Arbeitsgebietes 1 der Kriminalpolizei (K 1) sowie der Kampfgruppen der Deutschen Demokratischen Republik,
– repressive Funktionen der Nationalen Volksarmee.

3. *Verdeckte Repressionsmechanismen*

Die Bevormundung und Unterdrückung wurde seitens der SED nicht nur durch offene Repressionsorgane verwirklicht. Vielmehr war in das System auch

eine Vielzahl verdeckter, mit offenen Repressionsorganen zusammenwirkender Unterdrückungsinstanzen einbezogen. Sie waren in der Arbeitswelt genauso wirksam wie im täglichen Leben der Menschen. Diese Organe wurden auf differenzierte Art und Weise wirksam. Ihre Rolle im Unterdrückungsgefüge darzustellen, muß Aufgabe der Untersuchungen sein. Dabei sind unter anderem folgende Sachverhalte aufzudecken:

- Untersuchung repressiver Funktionen der Abteilungen für Inneres auf Bezirks- und Kommunalebene,
- Offenlegung der Informations- und Kontrolltätigkeit von Kaderleitungen in Betrieben, Einrichtungen und sonstigen Arbeitsstätten,
- Untersuchungen der Repressionsfunktion von Volkskammer- und Kommunalwahlen, politischen Schulungen, Kampagnen sowie anderen Schwerpunkten politischer Agitation und Propaganda,
- Offenlegung der Funktion von Parteiorganisationen und -gruppen der SED in Staatsorganen, Betrieben, Einrichtungen sowie Wohngebieten,
- Rolle der Nationalen Front sowie deren Wohngebietsausschüs- sen,
- Untersuchung der Repressions- und Propagandafunktion von Kultur, Sport und Medien,
- Offenlegung des SED-Bildungsmonopols, insbesondere hinsichtlich der Ideologisierung von Erziehung und Ausbildung sowie der politischen Reglementierung des Zuganges zu bestimmten Bildungswegen (Abitur und Studium).

4. *Leben in der Diktatur*

Sowohl die Kenntnis über die SED-Herrschaft als auch das Wissen um die einzelnen Repressionsformen haben spezifische Bedingungen für das Leben der Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik erzeugt. Diese Bedingungen haben mehrere Generationen von Mitbürgern geprägt und leben auch heute noch zum Teil fort: Eine Untersuchung dieser Lebens- und Überlebensbedingungen ist deshalb auch für das eigene Erkennen und gegenseitige Akzeptieren im vereinten Deutschland von Bedeutung. Eine solche Untersuchung sollte deshalb unter anderem folgende Fragen zum Gegenstand haben:

- Offenlegung des Umfanges und der Form des politischen Widerstandes,
- Offenlegung des Umfanges der politischen Verfolgung in der SBZ/DDR,
- Untersuchung der Beziehungen zwischen politischem Widerstand und Kirche sowie zwischen Kirche und Staat (SED),
- Darstellung des Lebens in der Diktatur, insbesondere der Phänomene Mitläufertum, Anpassung und Lethargie.

II.

Die Kommission setzt sich aus neun Abgeordneten der im Deutschen Bundestag vertretenen Fraktionen und Gruppen sowie aus neun Sachverständigen zusammen. Einen ersten Zwischenbericht legt die Kommission 1993 vor.

Bonn, den 21. Februar 1992

Rolf Schwanitz
Markus Meckel
Angelika Barbe
Dr. Konrad Elmer
Evelin Fischer (Gräfenhainichen)
Stephan Hilsberg
Regina Kolbe
Siegrun Klemmer
Dr. Hans-Hinrich Knaape
Dr. Uwe Küster
Hans-Joachim Hacker
Peter W. Reuschenbach
Dr. Jürgen Schmude
Dr. Hartmut Soell
Wolfgang Thierse
Dr. Hans de With
Gunter Weißgerber
Dieter Wiefelspütz
Dr. Peter Struck
Hans-Ulrich Klose und Fraktion

Begründung

Die unbearbeitete Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik lastet im Prozeß des Zueinanderfindens auf den Menschen und läßt uns nicht zur Ruhe kommen. Es ist die Geschichte der Menschen, die in ihr lebten. Die Erfahrungen von Unrecht und Unterdrückung sind noch lebendig, Verletzungen können nicht einfach weggewischt werden. Die Geschichte des Lebens in der Deutschen Demokratischen Republik in ihren inneren Zusammenhängen ist eine weithin unbekannte Geschichte, obwohl Millionen davon betroffen sind.

Gerade angesichts der gegenläufigen Trends, einerseits diese Geschichte als abgeschlossen einfach hinter sich zu lassen und zu verdrängen, andererseits sie auf die Stasi-Frage zu reduzieren, ist eine Differenzierung dringend erforderlich, die versucht, die vielschichtige Wirklichkeit des Lebens in der Deutschen Demokratischen Republik offenzulegen, innere Zusammenhänge, Zuständigkeiten und Entscheidungsstrukturen darzustellen, die das Leben zwar bestimmen, aber vielfach nicht bekannt waren.

Die Bemühung um die differenzierte Darstellung dieser DDR-Wirklichkeit ist eine zentrale Voraussetzung für die dringend erforderliche politische Aufarbeitung dieser Geschichte. Dabei ist die politische Aufarbeitung streng unterschieden von der juristischen, die allein Sache der Gerichte bleiben muß.

Für eine solche Darstellung und politische Aufarbeitung gibt es jedoch kein Monopol. Sie ist ein langfristiger gesellschaftlicher Prozeß in gesamtdeutscher Verantwortung, der natürlich besonders im Osten, grundsätzlich jedoch in der gesamten Bundesrepublik Deutschland und in allen gesellschaftlichen Bereichen nötig ist und von dem niemand behaupten kann, daß er ihn für alle leisten könne.

Staat und Gesellschaft sind hier in allen Bereichen gefordert, in der Wissenschaft und Kunst, an den Universitäten und in den Schulen, in den Gewerkschaften und Verbänden sowie in den Ländern und Kommunen.

Unabhängig von anderen Initiativen gesellschaftlicher Institutionen trägt der Deutsche Bundestag als das höchste gewählte Gremium mit Abgeordneten aus der gesamten Bundesrepublik Deutschland eine besondere Verantwortung für die politische Aufarbeitung dieser Geschichte. Er steht damit nach dem Vollzug der deutschen Einheit in der Rechtsnachfolge der letzten demokratisch gewählten Volkskammer, die sich dieser Aufgabe nicht mehr in angemessener Weise widmen konnte.

In vielen Bereichen ist noch weitgehend unklar, welcher Regelungsbedarf in der Aufarbeitung dieser Geschichte jenseits und unabhängig von der Justiz durch das Parlament besteht. Eine bessere Klärung der Zusammenhänge des Lebens in der Deutschen Demokratischen Republik, einschließlich der Entscheidungsstrukturen in der Gestaltung dieser DDR-Wirklichkeit, wird – wenn man ihnen wirklich gerecht werden will – nicht ohne Folgen bleiben für den Umgang mit den Verhältnissen und Menschen, die durch diese Geschichte geprägt sind. Genau das aber ist die Verantwortung des Parlamentes.

Der Deutsche Bundestag sollte selbst die Initiative ergreifen, sich bessere Voraussetzungen für seine Urteilsfähigkeit und sein Handeln zu schaffen.

Eine Enquete-Kommission zur Feststellung der Vorgänge, Zusammenhänge und strukturellen Verantwortlichkeiten in den vierzig Jahren Deutsche Demokratische Republik wird hierzu einen wesentlichen Beitrag leisten können. Mit ihr würde sich das Parlament einen Ort schaffen, an dem über Jahre durch kontinuierliche Arbeit die Notwendigkeit und der Vollzug der politischen Aufarbeitung wachgehalten und auch in der Öffentlichkeit immer neu herausgefordert wird.